



Volle Abgeltung der Teuerung

Pensionsanpassung 2024 vorziehen!

ZVPÖ fordert gesetzliche Regelung dazu

Mit Ende Juli ist der für die gesetzliche Pensionsanpassung 2024 vorgesehene Beobachtungszeitraum abgelaufen. Die durchschnittliche Teuerungsrate von August 2022 bis einschließlich Juli 2023 beträgt demnach 9,7 Prozent.

Dazu kommt, dass der Mikrowarenkorb, der im Wesentlichen die Preisentwicklung der Nahrungsmittel abbildet, in den ersten neun Monaten des Beobachtungszeitraums (August bis April) im Durchschnitt um 13,8 Prozent und im ersten Halbjahr 2023 um 13,7 Prozent gestiegen ist.

Alle Pensionistenverbände, die im Seniorenrat vertreten sind, einschließlich des ZVPÖ, fordern deshalb die volle Abgeltung der Teue-

rung. Allerdings ist dabei anzumerken, dass die 9,7 Prozent nur eine Untergrenze bilden können, da die wahre Teuerung für die meisten PensionistInnenhaushalte weit darüber hinausgeht. Die Regierung hat sich allerdings ohne Verhandlungen mit dem Seniorenrat bereits festgelegt: keinen Euro mehr über die gesetzliche Abgeltung hinaus. Das bedeutet u.a. auch, dass der Ausgleichszulagenrichtsatz weiterhin weit unter der offiziellen Armutsschwelle bleibt.

Vorziehung ab fünf Prozent Inflation

Angesichts der anhaltend massiven Teuerung hat der ZVPÖ, wie auch der

SPÖ-Pensionistenverband, die Forderung erhoben, die Pensionsanpassung für 2024 vorzuziehen. So hätte etwa ein Teil der gesetzlichen Pensionsanpassung bereits Ende Juni ausbezahlt werden und so die Belastung – insbesondere für die kleinen und mittleren Pensionen und für die AusgleichszulagenbezieherInnen – für die laufenden Monate erträglicher gemacht werden können.

Nicht vom Tisch

Diese Forderung ist allerdings noch nicht vom Tisch. Auch 2009 wurde schon im Herbst eine Vorziehung vorgenommen. Darüber hinaus forderte der ZVPÖ

» Seite 2

» im Seniorenrat eine gesetzliche Regelung, die die Regierung verpflichtet, bei hohen Inflationsraten etwa ab fünf Prozent die Pensionsabgeltung vorzuziehen.

Zur Erinnerung: die Pensionsanpassung zu Beginn des Jahres betrug 5,8 Prozent, im März kam eine bescheidene Einmalzahlung dazu. Diese Anpassung deckt also die Zunahme der durch die Teuerung verursachten enormen Steigerung der Kosten für die PensionistInnenhaushalte nur zur Hälfte ab. In Zeiten hoher Inflation ist also ein diesen Umständen angepasster Mechanismus der Pensionsanpassung notwendig. Die PensionistInnen können nicht bis zum 1.1. des nächsten Jahres warten. Eine weitere Forderung, die im Raum steht, lautet, den Beobachtungszeitraum für die Berechnung der Teuerungsabgeltung näher an den Zeitpunkt der Anpassung heranzurücken, also etwa von November bis Oktober statt wie bisher von August bis Juli. Auch das würde den durch die laufende Teuerung verursachten Kaufkraftverlust etwas mindern.

Manipulierte Zahlen

Zur bevorstehenden Pensionsanpassung werden in den Medien Horrorzahlen geliefert. Angeblich sollen dadurch die Pensionsausgaben des Staates um fünf bis sechs Mrd. Euro pro Jahr steigen. Das ist eine glatte Lüge. Der Zuschuss des Bundes zur gesetzlichen Pensionsversicherung (ASVG) beträgt derzeit 12,8 Mrd. Euro. Wenn man diesem einen zehnprozentigen Anstieg unterstellt (was mehr als die Abgeltung von 9,7 Prozent ist), bedeutet das einen Anstieg um 1,28 Mrd. Euro. Selbst wenn man zu den Beamtenpensionen (derzeit 13,3 Mrd. Euro) zehn Prozent dazurechnet, also 1,33 Mrd. Euro, kommen insgesamt für den Staat 2,61 Mrd. Euro Mehrausgaben aus dem Titel ‚Pensionsabgeltung‘ heraus. Und da sind schon die pensionsversicherungsfremden Zahlungen wie etwa die Ausgleichszulagen, die der Armutsbekämpfung dienen, dabei. Das ist also die Hälfte der kolportierten Horrorzahlen.

Dem stehen die durch die Inflation erhöhten Steuermehreinnahmen des Bundes, darunter die Steuermehrleistungen der PensionistInnen, gegenüber. So schaut's aus. ■



Klinik Landstraße

Spitäler – Gesundheit – Pflege

Lob und Tadel

Wo es oft Kritik gibt, soll es auch an berechtigtem Lob nicht fehlen

Prekäre Arbeitsbedingungen, angehäufte Überstunden, drohende Arbeitsniederlegung: die Situation in Wiener Spitälern bessert sich derzeit einfach nicht. Dazu Berichte wie im „ORF Radio Ö1“, es hätten manche Wiener Spitäler keine oder nur unzureichende Klimatisierung.

Diese Kritik, die wohl oder übel zutreffend ist, zeigt allerdings nicht, ob und wie stark sich die Situation auf SpitalspatientInnen auswirkt. Der Bericht eines unserer Kollegen (Name und Adresse der Redaktion bekannt) lässt hingegen ein überraschend positives Bild zu.

Mitfühlend und respektvoll

„Im Mai dieses Jahres fand ich mich für acht Tage in der Klinik Landstraße (früher: Krankenanstalt Rudolfstiftung) zu einer Operation ein. Ein großer chirurgischer Eingriff war wegen eines drohenden Darmverschlusses dringend erforderlich. Während dieser Tage – vor und nach der OP – untergebracht auf der normalen Station mit den üblichen 4-Bett-Zimmern – kam ich trotz Schmerzen und Sorgen zu der festen Überzeugung, hier ist alles darauf ausgerichtet, mir

den Aufenthalt so angenehm wie nur möglich zu machen und mich so rasch als möglich als geheilt zu entlassen. So war das Verhalten des Personals, egal ob in der Anästhesie oder in der chirurgischen Abteilung, in der Stations-Betreuung und Pflege, oder bei der Reinigung und Hygiene stets professionell, mitfühlend und respektvoll. Hervorheben möchte ich die enorme fachliche Kompetenz, die große Empathie und das ebensolche Mitgefühl, eine klare und verständliche Kommunikation und die gute Teamarbeit unter dem Spitalspersonal. Das Personal war trotz hohen Zeitdrucks stets gewillt und in der Lage, effizient zu arbeiten, um eine optimale Versorgung der Patienten sicherzustellen. Damit war eine bestmögliche Betreuung und Behandlung auch für mich als Patient gewährleistet.

Daher wünsche ich uns allen ausreichendes Personal in unseren Spitälern, Spitalausrüstung auf dem neuesten Stand, dem Personal regelmäßige Fort- und Weiterbildungen sowie die rasche Umsetzung aller seiner Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen.“

Diesen Wünschen schließt sich der ZVPÖ natürlich gerne an. ■

Die Pensionistin spricht ...

Ein Tag der Wahrheit

Wie jedes Jahr um diese Zeit bricht allerorten die Klage über die niedrigen Frauenpensionen aus: Der Equal Pension Day, jener Tag, an dem Männer schon so viel Pension erhalten haben wie Frauen bis Jahresende bekommen werden, fiel heuer auf den 4. August, das ist eine „Verbesserung“ gegenüber dem Vorjahr von 1 Tag. In Prozenten ausgedrückt bedeutet dies, dass der Gender Pension Gap 2023 (der Pensionsunterschied zwischen Männern und Frauen) im Vergleich zum Vorjahr „nur mehr“ 40,55% beträgt, 2022 lag er bei 41,06%.

Dass über 50% der erwerbstätigen Frauen Teilzeit arbeiten, ist ein Grund für das klaffende Loch bei den Pensionen, ein weiterer, dass Männer als „Familien-erhalter“ gesehen werden und zwar von beiden Geschlechtern. Ein weiterer, dass Frauen, daraus folgend, die unbezahlte Arbeit übernehmen und zwar in mehrfacher Hinsicht: Mit der Kinderbetreuung ‚abonnieren‘ sie gleich die Hausarbeit und Versorgung des Mannes mit Essen, sauberer Wäsche usw., ebenso die Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen. Dazu kommt, dass Kinderbetreuungsplätze nicht überall in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Und dass wir meilenweit von einer Arbeitszeitverkürzung entfernt sind. Daher sehen Frauen ihren Ausweg aus dem Dilemma, zwischen Kindern und Lohnarbeit wählen zu müssen, wollen sie nicht verarmen, immer öfter in einer Art Gebärstreik.

Bemühungen um pensionsrechtliche Besserstellung von Frauen

Das Sozialversicherungssystem hat mittlerweile (seit 2005) auf die niedrigen Frauenpensionen reagiert und nennenswerte „Beiträge für fiktiven Verdienst“ geschaffen, d.h. – zumeist – Frauen bleiben maximal bis zum 3. Geburtstag eines Kindes (bei mehreren länger) zu Hause und erhalten dafür eine Gutschrift auf ihrem Pensionskonto so als hätten sie € 2.090,61 brutto verdient. Es gibt Vorschläge, bei der Bemessung der Pensionshöhe die zehn schlechtesten Beitragsjahre nicht einzubeziehen – die allerdings noch der politischen Umsetzung harren.

Trotz dieser und weiterer Anreize für mehr Geburten wie Väterkarenz oder Ermutigung zu Halbe : Halbe hält sich die Gebärfreudigkeit österreichischer Frauen in Grenzen. So war die Fertilitätsrate 2022 mit 1,04 Geburten pro Frau die niedrigste in zehn Jahren. Generell gilt ein Niveau von 2,1 Kindern pro Frau als nötig, um die Bevölkerung langfristig stabil zu halten. Dass die Bevölkerung in Österreich trotz des Überwiegens der Todesfälle gegenüber den Geburten nicht gesunken ist, ist einzig und allein der Zuwanderung zu verdanken.

**Hilde Grammel**

Japan

Anderswo schrillen die Alarmglocken. Dieser Tage machte nämlich auch eine zweite Meldung die Runde: Japan hat nach Monaco die zweitälteste Bevölkerung der Welt, 2022 ging die Geburtenzahl landesweit insgesamt um fast eine Million Menschen zurück. Verantwortlich dafür sind niedrige Geburtenraten und eine kaum vorhandene Immigration. Millionen von Häusern stehen leer, Schulen müssen geschlossen werden, ganze Landstriche sind unbewohnt. Der Gender Pension Gap liegt bei 48%. Das ist auch Resultat massiver Diskriminierung von Frauen und zwar in allen gesellschaftlichen Bereichen. Kinderbetreuungseinrichtungen sind rar, Geschlechterrollenvorstellungen rigide, auf die unbezahlte Arbeitskraft von Frauen wird selbstverständlich zurückgegriffen. Firmen stellen gut qualifizierte Frauen oft gar nicht an, da sie befürchten, diese würden ohnehin nach ein paar Jahren heiraten und Kinder bekommen. Kein Wunder also, dass Frauen, vor die Alternative Armut oder Existenzsicherung gestellt, auf Kinder verzichten, die sie sich aufgrund schlechter Löhne und Arbeitsbedingungen und der drastischen Diskriminierung am Arbeitsmarkt schlicht nicht leisten können. Bleibt abzuwarten, ob sie der \$ 25 Mrd.-Plan der japanischen Regierung für Kinderbetreuung und Maßnahmen zur Unterstützung von Familien zu einem Gesinnungswandel bewegen kann. ■

Hilde Grammel
ist Mitglied im Bundesvorstand des ZVPÖ

Besuchen Sie unsere Website. Aktuelle Themen und Termine gibt's unter

www.zvpoe.at
f **ZVPÖ**

Glosse

Instrumentalisierung von Kindern

Am 16. April gab es die Kinderbuchlesung der Drag Queen Freya Van Kant mit vierzig Kindern in der Rosa-Lila-Villa in Wien. Abgesehen vom rechten Mob aus Identitären, christlichen Fundamentalist*innen, Rechten aus der Anticoronaszene und aus der FPÖ und anderen, die sich protestierend vor der Villa aufbauten, kam es im Wiener Gemeinderat zu besorgten Anfragen der FPÖ und ÖVP. Die Freiheitlichen forderten das Verbot der Lesung „zum Schutz unserer Kinder“ und sprachen von einer „inakzeptablen Frühsexualisierung von Kleinkindern“, die ÖVP beklagte die „Instrumentalisierung von Kindern“.

Nun lese ich in den *Salzburger Nachrichten* vom 6. Juli Folgendes: „Der Tag der Schule in der Schwarzenbergkaserne in Wals-Siezenheim vor mehr als 900 Jugendlichen ... Major Anton Arrer und seine Leute vom Jägerbataillon boten den Jugendlichen und ihren Lehrkräften eine Gefechtsvorführung ... Dann fielen jede Menge Schüsse. Mit der mobilen Häuserkampfanlage und Knallmunition wurde ein Gefecht simuliert, samt Beschuss, Explosion und Drohnenabwehr ... Siegreich konnten sich die Soldaten dann durch die Häuser kämpfen, die Verletzten wurden auf realitätsgetreuen Liegen aus der Szene getragen ... Schülerinnen und Schüler vom Borromäum zeigten sich begeistert.“ Es handelte sich um Zwölf- bis Achtzehnjährige.

Instrumentalisierung von Kindern und Jugendlichen für Kriegs- und Soldatenspielererei? Schutz der Kinder vor der Brutalität des Krieges? Friedenserziehung? Sind natürlich in diesem Fall kein Thema. Die Salzburger Landesregierung (schwarz-blau) und ihre Bildungsdirektion haben das offenbar alles bewilligt.

Protest gegen eine Lesung aus Kinderbüchern, Jubel über Vorführung von Gefechten vor Kindern und Jugendlichen. Es ist zum Kotzen. M.G.

Ausbildung im Gesundheits- und Sozialbereich muss endlich gesetzlich abgesichert werden!

Bei den aktuellen Finanzausgleichsverhandlungen geht es zwar nicht nur um die Finanzierung des Gesundheitssystems, aber es deutet alles darauf hin, dass im Bereich der Gesundheitsversorgung wieder diejenigen übrig bleiben werden, die die Care-Leistungen erbringen und die, die sie am allernötigsten brauchen.

Es geht beim Finanzausgleich für die kommenden 5 Jahre lediglich um die Wenigkeit einer halben Billion Euro, Verteilungsgerechtigkeit und das wirtschaftliche Überleben der Kommunen.

Derzeit richten sich die Verhandlungspartner über die zugerichteten Rumpf-Medien gegenseitig aus, was alles von den Wünschen des Gegenübers nicht „eini-gehen“ wird.

Wer steht aktuell auf der Matte?

Die Länder wollen wie immer real mehr und frisches Geld, sie sind wegen den Ausfallhaftungen für den Ambulanzbetrieb in den Landeskrankenhäusern unter Druck und stecken den Kopf in Beton.

Der Bundesfinanzminister sitzt im Eck und schwitzt. Ihm helfen die Mehreinnahmen durch die gestiegene Inflation nur bedingt, denn den Mehreinnahmen stehen zeitversetzt auch höhere Ausgaben gegenüber. Das Finanzministerium rechnet derzeit noch mit einem „neutralen Effekt der Inflationsentwicklung auf das Budgetsaldo“.

Die Krankenkassen sind beim Finanzausgleich nur indirekt beteiligt. Als sogenannte „Stakeholder“ für die Bereiche der Gesundheitsversorgung haben diese aber dennoch ein gewichtiges Wort mitzureden, weil sie nicht nur die Arztpraxen und deren Primärversorgungsleistungen finanzieren, sondern auch die Krankenanstalten erheblich mitfinanzieren müssen.

Weil künftig bedeutend mehr Primärversorgungszentren aufgebaut werden sollen, damit die Menschen weniger in die Spitalsambulanzen

strömen, wollen die Krankenkassen weniger Geld in den Finanztopf für die Spitäler zahlen. Das klingt logisch, denn Geld folgt Leistung und die Kassen sind ihren Beitragszahlenden verpflichtet und bekommen durch den Finanzausgleich auch keinen Cent mehr Einnahmen.

Nun mischt sich heuer die niederösterreichische VP noch in die Honorarordnungen zwischen Ärzten und Kassen ein. Das verbuchen wir unter Sommerloch-Terror der wertekonservativen Volkspartei – ein substanzieller Beitrag zur Debatte um den Finanzausgleich ist das jedenfalls keineswegs.

Minister Rauch droht nun schon unverhohlen mit der Fortschreibung der Geldverteilung, wie diese 2016 festgelegt worden ist was für die Kommunen eine gefährliche Drohung darstellt.

Die MATRIX

Vor 100 Jahren wurde die „elegante“ österreichische Bundesverfassung deswegen so „föderal“ gezimmert, weil wichtige Bundesländer dem „Wasserkopf“ Wien drohten, sich per Volksabstimmung loszusagen. Damit diese letztlich doch noch im gemeinsamen Boot Platz nahmen, wurden den Ländern und ihren maßgeblichen Hauptleuten in der Verfassung bedeutende Rechte eingeräumt, die bis heute gelten. Die Folge war, dass bei wichtigen Bereichen, wie zum Beispiel dem Sanitäts-, Heil- und Kurwesen neun unterschiedliche „Landesstrukturen“ ermöglicht wurden, ein Umstand, der bis in unsere Tage noch jedem Gesundheitsminister schlaflose Nächte beschert hat.

Parteienpolitik und persönliche landesherrliche Eitelkeiten und Wahlkalkül dominieren seither neben dem Bereich Gesundheit auch Bildung, Kultur und einen großen Teil der Verkehrspolitik.

Traditionell und turnusgemäß sind die sogenannten Verhandlungspartner beim Finanzausgleich Verhandlungsgegner. Jedes Mal ringen Landeshauptlinge versus Bundeshauptlinge mit ihren Stäben hinter verschlossenen Türen mit den Vertretern der umlagefinanzierten öffentlichen sozialen Kassen.

Was dabei unter die Räder kommt ist definitiv der Fortschritt, ein Wert der bei der Werte-Partei ÖVP nix gilt, weil diese per Statut eben eine konservative Wertegemeinschaft ist.

„Digital vor ambulant vor stationär“

Für die Gesundheitsversorgung wurde jetzt in der aktuell schwer zerstrittenen Bundesregierung nicht das Beste beider Welten, sondern folgender kleinste gemeinsame Nenner gefunden: „Digital vor ambulant vor stationär“

Das bedeutet, dass sich die Menschen zunächst telefonisch „behandeln“ lassen sollen, bevor sie sich aufmachen, um einen kompetenten Menschen persönlich anzufragen.

Wer sich also um seine Gesundheit sorgt oder akute körperliche Beeinträchtigungen verspürt, soll in Zukunft zuerst die Telefonkurznum-



mer 1450 wählen. Hinter 1450 sitzt schnell angelerntes Personal, das holt mensch dann aus der Telefonwarteschleife ab.

1450 – die gering bezahlte telefonierend-eierlegende Wollmilchsau – soll die Dringlichkeiten festlegen, Behandlungspfade zeichnen und Fachkräfte ersetzen, das ist radikal effizient gedacht, aber gewiss nicht effektiv an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, egal ob diese jung, alt, erkrankt oder gebrechlich sind, denn Menschen lieben keine Warteschleifen, sondern menschliche Zuwendung, weil sie eben Menschen sind.

Ausbildungsoffensive und Aufbau der Primärversorgung

Damit aber die Leute weniger in das Spital strömen, müssten endlich

bedeutend mehr Geldmittel in den Auf- und Ausbau der Primärversorgung fließen. Klarerweise bedeutet dies hohe Investitionen in Immobilien, Personal und zeitgemäße Geräte.

Zum neuen Personal schlägt der ZVPÖ seit Jahren eine profunde Ausbildungsoffensive für alle Bereiche der Gesundheits- und Sozialberufe vor.

Wir fordern,

- dass die Ausbildung bei den Finanzverhandlungen schwerpunktmäßig so berücksichtigt wird,
- dass die Ausbildung in die Zielbestimmungen des bisherigen Pflegefonds aufgenommen wird.
- Aus dem Pflegefonds, der ein verpflichtender vertraglicher Bestandteil der Bund- Länder Verhandlungen ist, muss eine „Pflege- und Ausbildungsfonds“ werden. ■

ZVPÖ Mehrtagesreisen 2023

„Naturparadies Riesengebirge“ 18. – 23.09. – 6-Tagesbusfahrt

Für diese Fahrt stehen noch einige wenige Restplätze zur Verfügung. Bei Interesse bitten wir um umgehende Anmeldung.

„Adventwochenende in Budapest“

25. – 26.11. – 2-Tagesbusfahrt

Fahrt im Komfortbus, 1 Nächtigung/ Frühstück im 4*Hotel Dormero, 1 Mittagessen, Stadtrundfahrt Buda, Stadtrundfahrt Pest, Besichtigung des Parlaments inkl. Eintritt, Möglichkeit zum Besuch der in Gegend zum Hotel liegenden Weihnachtsmärkte.

Anmeldung bitte bis spätestens 19.10.2023

Ankündigung ZVPÖ Frühjahrsrundreise 2024

„Albanien“ 17. – 24.04. – 8-Tagesflugreise

Direktflüge mit Austrian Airlines ab/ bis Wien, Übernachtungen in 3-4* Hotels, Halbpension während der gesamten Reise, alle Transfers und Fahrten im klimatisierten Reisebus, umfangreiches Besichtigungs- und Ausflugsprogramm inkl. Eintrittsgebühren, Besuch eines Weingutes inkl. Verkostung, erfahrener, deutschsprechender örtlicher Fremdenführer während der gesamten Rundreise

Anmeldung bitte bis spätestens 31.10.2023

Detaillierte Reisebeschreibungen, Informationen und Preise sowie Voranmeldungen unter Tel. Nr. 01/2146573 oder per e-mail unter zvpoe@aon.at sind ab sofort möglich.



Schlaglichter

Henrike Brandstötter (NEOS) zeigte sich beunruhigt. Der Regierung attestierte sie Versagen bei der Bekämpfung der Teuerung und wollte der unangenehmen Wahrheit entgegenblicken, wonach die Bevölkerung älter wird und wir daher länger arbeiten gehen müssen.

Aus: Parlamentskorrespondenz Nr. 359 vom 29.03.2023



Zur Angstlust vor einem „Kanzler Kickl“ mischt sich jetzt eben auch noch eine vor Kommunisten. Dabei hat Kay-Michael Dankl begriffen, dass „leistbares Wohnen“ – selbiges gilt übrigens für Pflege, Gesundheitsversorgung, Pensionen und Arbeitsplätze und Unternehmen – Menschen bewegt und klar Position bezogen. Er musste nicht poltern. Er war glaubhaft.

Aus: oe24 Isabelle Daniel in POLITIK-LIVE am 24.04.23



Die Regierung habe zwar beschlossen, die Aliquotierung der ersten Pensionsanpassung auszusetzen, das aber nur für zwei Jahre. Ein von der SPÖ in Auftrag gegebenes Gutachten hat ergeben, dass es sich dabei nicht nur um eine ungerechte, sondern um eine „grob unsachliche“, besonders Frauen schwer diskriminierende und damit wohl verfassungswidrige Regelung handle.

Aus: Die Presse vom 16.05.2023



Frage: Österreich hat 200.000 DollarmillionärInnen. Soll die Finanzierung der Pflege durch die Besteuerung sehr hoher Vermögen und Erbschaften gesichert werden? Die FPÖ sagte NEIN!

Aus: ÖGB-Wahlumfrage

<https://web.oegb.at/wahlwerber/group/gesundheits-und-pflege>

Pensionsanpassung:

Vorsicht Raubritter!

Die Hälfte aller Pensionen liegt nur knapp über dem Ausgleichszulagenrichtsatz (1.110 Euro). Somit muss weit mehr als die Hälfte aller Pensionsbezieher:innen mit einer Pension unter der aktuellen Armutsschwelle von 1.392 Euro auskommen. Statistik Austria weist in den letzten zwölf Monaten eine durchschnittliche Inflationsrate von 9,7 Prozent aus. Das ist auch der voraussichtliche Richtwert zur Pensionsanpassung zu Beginn des nächsten Jahres.

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung dieses Wertes kriechen auch die Pensions-Raubritter aus ihren Löchern. Raubritter waren Adelige, die sich im Spätmittelalter durch Straßenraub und Plünderung bereicherten. Heute ist es der „schwarz-türkis-pinke Geldadel“, der mit dem neoliberalen Gesudere „weniger Staat, mehr Privat“ versucht, die Mehrheit der Gesellschaft immer mehr verarmen zu lassen.

„Jährlich grüßt der Pensionspopulismus“, kommentiert die JUNOS-Junge-Liberale NEOS-Vorsitzende Sophie Wotschke den aktuellen Pensionserhöhung-Quoten-Vorschlag. Sie verlangt eine „Pensionsrevolution mit der Einführung einer Aktien-Pension“ ganz im Sinne ihres „Senior-Bosses“, dem NEOS-Sozialsprecher Gerald Loacker. Auch der lechzt nach einer Pensionsrevolution mit betrieblichen Pensionen am privaten Versicherungsmarkt. Als Begründung faselt er: „Geringe Pensionen sind ohnehin im Vergleich zur Inflation seit 2005 um bis zu 66 Prozentpunkte höher gestiegen.“

Auch die Junge Industrie bläst – aber viel deutlicher ins gleiche Horn: „Damit auch die jungen Menschen in Österreich einmal eine Pension erwartet, braucht es den Ausstieg aus dem Generationenvertrag und der Umstieg auf ein beitragsorientiertes Pensionssystem.“

Eine Lüge ist auch ihre Argumentation „der Sicherung der Zukunft der Jungen Generation mit ordentlichen Pensionen für die Jungen in 30, 40 Jahren“. Denn eine solche „Revolution“ liefert künftige Pensionist:innen



der Spekulation – und auch daraus entstehenden Verlusten – der Versicherungsgesellschaften aus. Aber egal, Hauptsache ihr Klientel casht ordentlich ab.

Ehrlicher unterwegs sind da schon die Junge Wirtschaft (JW) in der Wirtschaftskammer Österreich (WKO). JW-Vorsitzende Bettina Pauschenwein und JW-Bundesgeschäftsführer Lukas Sprenger verlangen „angesichts der rückläufigen Preisentwicklung“ tatsächlich einen Pensionsraub durch eine Anpassung „unter dem vergangenheitsbezogenen Inflationswert“ – bestenfalls ergänzt mit einer Einmalzahlung.

Nur Einmal- und Direktzahlungen sind nicht systemwirksam und daher auch nicht nachhaltig. Der ORF vermerkt dazu am 31. Juli 2023, dass es im vergangenen Jahr bei der Pensionsanpassung auch eine Direktzahlung gab: „Diese war allerdings nicht systemwirksam. Das bedeutet, dass die aktuelle Pensionserhöhung für das Jahr 2024 nur auf Basis, der um 5,8 Prozent erhöhten Pensionen ohne Direktzahlungen berechnet wird.“ ■

Jahresausgleich lohnt sich!

(2. Teil)

In der letzten Nummer von *aktiv leben* (2/2023, Seite 11) erschien Teil 1 einer kleinen Serie zum Thema „Jahresausgleich für PensionistInnen“. Es kann durchaus sinnvoll sein, einen Jahresausgleich zu machen, auch wenn man in Pension ist, doch sollte man bestimmte Dinge wissen. Grundsätzlich wird im Steuerrecht unterschieden zwischen Freibeträgen und Absetzbeträgen. Zu den Freibeträgen gehören – neben „Außerordentlichen Belastungen“, die in der letzten Nummer der Zeitung genauer behandelt wurden – auch „Sonderausgaben“ und „Werbungskosten“. Um diese geht es im Folgenden. Im Anschluss daran wird näher erklärt, was man unter „Absetzbeträgen“ versteht.

Sonderausgaben

Durch die Streichung der sogenannten Topf-Sonderausgaben (das waren: Personenversicherungen, Schaffung und Sanierung von Wohnraum, bestimmte Wertpapiere) im Jahre 2018 verblieben ab 2021 nur mehr Spenden an akkreditierte Einrichtungen aus dem Bereich humanitäre Vereine, Forschungseinrichtungen, Feuerwehren, Umweltschutz, Tierschutz, sowie Kirchenbeiträge, freiwillige Weiterversicherung, Umstellung der Heizungssysteme.

ABER: Der Jahresausgleich kann bis 5 Jahre rückwirkend gemacht werden – also macht man im Mai 2023 den Jahresausgleich für frühestens 2022 bis zurück ins Jahr 2017. (2016 ist ‚gegessen‘). Im Jahr 2017 gab es noch die Topfausgaben, also könnte ich noch die Schaffung und Sanierung von Wohnraum und Lebensversicherung, sofern Verträge vor 2016 abgeschlossen wurden, geltend machen.

Werbungskosten

Diese können nur im Zusammenhang mit Einkünften aus Erwerbsarbeit anfallen, also in den Fällen, wo Pensionist*innen einer Erwerbsarbeit nachgehen. Werbungskosten sind so



ähnlich wie Betriebsausgaben zu sehen, aber wesentlich mehr eingeschränkt.

Einige Beispiele aus dem Leben

Aloisia (prekäre Regelpensionsbezieherin) nimmt einen Job als Texteschreiberin im Heimoffice an. Dafür kauft sie ein Textverarbeitungsgerät um € 200 = Werbungskosten. Vom Sitzen bekommt sie Kreuzschmerzen und kauft einen ergometrischen Supersessel um € 450. Ihre Augen sind auch nicht mehr das, was sie mal waren. Neue Augen gibt's nicht, wohl aber neue Beleuchtung um € 250. Zusätzlich dazu benötigt sie einen Internetanschluss, samt Provider und Leitungskosten hat sie € 150 zu berechnen.

Dies wären grundsätzlich alles Werbungskosten. Für den Sessel und die Beleuchtung gibt es aber nur eine Pauschale von € 300, fürs Internet nur 50% Kostenersatz, der Rest ist Privatanteil.

Paul verdient sich als Grabredner was dazu. Er, der sein Leben lang noch nie einen Anzug getragen hat, kauft sich einen schwarzen Anzug um € 300. Das sind keine Werbungskosten, weil er den Anzug auch im Alltag nutzen kann.

Absetzbeträge

Alleinverdiener-/ Alleinerzieherabsetzbetrag und Familienbonus Plus

Bei den meisten dieser Absetzbeträge spielen Kinder, für die Familienbeihilfe gewährt wird, eine Rolle. Es kommt gar nicht so selten vor, dass Oma/Opa ein elternloses Kind im Haushalt haben, für welches Fami-

lienbeihilfe zusteht und auch gewährt wird, z.B. eine alleinerziehende Mutter ist ausgefallen; eine geschiedene Pensionistin bezieht für ihr studierendes Kind Familienbeihilfe und ähnliche Situationen. Hier wird nicht nur der Alleinverdiener-/Alleinerzieherabsetzbetrag, sondern auch der Familienbonus Plus mit Negativsteuer interessant. Obwohl der Familienbonus Plus in erster Linie Gutverdienende klar begünstigt (sie bekommen pro Kind € 2.000 im Jahr) sollte auch die lohnsteuerunwürdige Kleinpensionistin auf das Almosen (Negativsteuer) von € 550 pro Kind und Jahr nicht verzichten. Es empfiehlt sich also unbedingt zu überprüfen, ob der AEAB/AVAB auch berücksichtigt wurde oder gar aus unerklärlichen Gründen aberkannt worden ist!

Pensionisten- oder erhöhter Pensionistenabsetzbetrag

Nicht wenige wollen oder müssen zu ihrer Pension was dazuverdienen. Übernimmt man einen Job mit Erwerb, empfiehlt es sich zu überprüfen, ob man dadurch nicht den Bezug des (erhöhten) Pensionistenabsetzbetrages verliert. Das kann zwischen € 868 und € 1.278 kosten.

Teuerungsabsetzbetrag für Pensionist*innen

Diesen erhalten nur Pensionist*innen, die Anspruch auf den Pensionistenabsetzbetrag haben. Der TAB beträgt € 500 und wird automatisch ausbezahlt. Er vermindert sich um eventuelle Gutschriften der Sozialversicherungsträger. Die € 500 schleifen sich bei jährlichen Pensionen zwischen € 20.500 und € 25.500€ auf € 0,00 ein. ■

AUS DEN BUNDESLÄNDERN

Wien

Sprechstunden in Wiener

Bezirksgruppen:

Beratungszentrum 2 & 22:

Goethehof, 22. Bez., Schütttaustraße 1, jeden 2. Donnerstag im Monat von 14 bis 16 Uhr.

Leopoldstadt: Praterstraße 54, 1. Stock, Mittwoch und Donnerstag von 10 bis 13 Uhr, Klubnachmittag jeden ersten Montag im Monat von 14 bis 18 Uhr.

Landstraße: Baumgasse 29 – 31, jeden 1. Montag im Monat von 14 bis 15 Uhr.

Margareten:

Reinprechtsdorferstraße 6, jeden 1. Montag des Monats von 17-19 Uhr. Voranmeldung erbeten unter 0676 7509571.

Favoriten: Pernersdorferhof, Troststraße 68-70 (Eingang um die Ecke Herzgasse 90). Sprechstage jeden 2. Dienstag im Monat von 17 – 18 Uhr.

Simmering: Hugogasse 8. Treffen finden jeweils jeden 2. Mittwoch des Monats von 15.00 Uhr – 17.00 Uhr statt

Meidling: Cothmanstraße 11, jeden 2. Montag im Monat von 15 bis 17 Uhr.

Wien-West: Drechslergasse 42, 1140 Wien, jeden ersten Mittwoch im Monat von 14 bis 15 Uhr.
Tel: 0676 6969003

Jeden Donnerstag: Wiener Wandergruppe

Donnerstagswanderungen finden wöchentlich statt
Unsere Termine und Ziele werden kurzfristig auf unserer homepage www.zvpoe.at unter der Rubrik Ausflüge/ Wandern bekannt gegeben

Genauere Auskünfte und Rückfragen bitte bei Kollegen
Werner Schütz unter 0680/50 69-560.



Bei Regen keine Wanderung!
Änderung der Wanderrouten vorbehalten! Die Teilnahme erfolgt auf eigene Gefahr.

Donaustadt: Wurmbbrandgasse 17, jeden ersten Dienstag im Monat von 14 bis 15 Uhr.

Liesing-Atzgersdorf: Terramaregasse 17/15/R1 (Club 23), jeden Dienstag ab 15 Uhr.

Liesing-Atzgersdorf/ kommende Ausflüge 2023:
Mi. 29. 09. Schloß Hof

Mi. 25. 10. Urzeitmuseum

Mi. 22. 11. Ganslessen

Fahrkostenbeitrag für Tagesausflüge: vor Ort zu bezahlen. Allfällige Eintritte sind fakultativ. Änderungen vorbehalten. Anmeldung unbedingt erforderlich bei Koll. Peter Kutalek, Tel. 06864 4401400

Donaustadt und Foridsdorf/ kommende Ausflüge 2023:

Do. 14. 09. Gloggnitz/ Semmeringtunnel

Do. 19. 10. Kirchberg am Wechsel

Mi. 22.11. Ganslessen

Fahrkostenbeitrag für Tagesausflüge: vor Ort zu bezahlen. Allfällige Eintritte sind fakultativ. Änderungen vorbehalten. Anmeldung unbedingt erforderlich bei Koll. Christl Wenzka, Tel. 0680 3111668, oder Koll. Dolfi Hickl, Tel. (01)282 39 54

Steiermark

Sprechstage:

Kapfenberg: Sprechstage und Zusammenkünfte jeden ersten Donnerstag im Monat ab 14 Uhr im „Franz Bair-Heim“, Feldgasse 8.

St. Peter-Freienstein: die Info-Stammtische finden jeweils am 2. Dienstag im Monat ab 14 Uhr im Freiensteinerhof statt.



Leicht und fein gekocht

Hühnercurry mit Kürbis (2 Personen)



Zutaten

250 g Hühnerbrust
200 g Kürbis
125 ml Kokosmilch
70 ml Wasser
1 cl Zitronensaft
50 g Crème fraîche
1 EL Austern- oder Sojasauce
1 EL Curry-Mischung
1/2 TL Zucker
20 g Kokosflocken
1 1/2 EL Pflanzenöl
1 Chilischote (nach Geschmack)
Salz, Pfeffer

Beilage

Reis oder Fladenbrot

Zubereitung

Kürbis schälen und in kleine Würfel schneiden.

Hühnerbrust würfelig schneiden und im heißen Öl goldbraun anbraten, den Curry ganz kurz mitbraten und beiseitestellen.

In einem Topf den Kürbis mit Kokosmilch, Wasser und Zitronensaft bissfest kochen und das Hühnerfleisch dazugeben.

Crème fraîche mit Austernsauce und Zucker verrühren und unter die Kokosmilchsuppe heben.

Das fertige Curry mit den in feine Ringe geschnittenen Chilis und den Kokosflocken bestreuen.

Leoben: Die Sprechstunden finden jeden 2. Monat, immer am 3. Mittwoch der Monate September und November ab 14.00 Uhr im „Gasthaus Hallodri“ in Donawitz statt.

Graz: Sprechstage Dienstag bis Donnerstag 10 bis 12 Uhr. Um Voranmeldung wird gebeten. Jeden Donnerstag ab 13 Uhr Zusammenkunft im Karl-Drews-Klub hinter dem Volkshaus.

Eisenerz: Sprechstage jeden Montag von 09.00 – 12.00 Uhr in 8790 Eisenerz, Freiheitsplatz1

Graz/ kommende Veranstaltungen

2023: Fr. 12. 10. Kollegentreff am Stubenbergsee
Fr. 24. 11. Adventfahrt
Fahrtkostenbeitrag für Tagesausflüge: vor Ort zu bezahlen. Änderungen vorbehalten. Anmeldung unter Tel. 0316 712480 Dienstag bis Donnerstag von 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr



Ausflug zur Burg Deutschlandsberg am 21.7.

An dieser Fahrt nahmen Kolleginnen und Kollegen des ZVPÖ Steiermark teil und hatten bei herrlichem Wetter, sehr gutem Essen und angeregter Unterhaltung viel Spaß.

Oberösterreich

Sprechstage:

Linz Voest-Kleinmünchen: zu unseren monatlichen Versammlungen treffen wir uns jeden ersten Mittwoch im Monat im Gasthaus Seimayr, Steinackerweg 8, ab 14 Uhr im großen Saal.
Oberösterreich: Treffen finden jeden letzten Montag im Monat in



Der Ausflug der Landesgruppe Oberösterreich führte ins Papiermachermuseum in Laakirchen



Linz, Melicharstraße 8 ab 15.00h statt. Beratungen sind gegen tel. Voranmeldung von 14.00 Uhr bis 15.00 Uhr möglich. Kontakt über Koll. Hans Kropiunik Tel. 06643127737

Niederösterreich

Sprechstage:

Brunn/Geb.: jeweils an einem Donnerstag im Monat ab 15.30 Uhr beim Heurigen Hössl, 2345 Bunn/ Gebirge, Wiener Straße 25. Die nächsten Termine sind: 07.09.2023 und 12.10.2023.

Wr. Neustadt: 2700 Wr. Neustadt, Kollonitschgasse 12., nächste Termine: 15.09.2023 und 12.10.2023

Krems: Beratung und Auskünfte in Pensions- und Sozialfragen unter der Tel. Nr. 01/ 2146573

St. Pölten: Beratung und Auskünfte des ZVPÖ jeweils am letzten Donnerstag im Monat von 16 bis 17.30 Uhr in 3100 St. Pölten, Andreas Hoferstraße 4, 1.Stock (Eingang hofseitig).

Fischamend: Enzersdorferstraße 22, 2401 Fischamend. Beratung Mittwoch 20.09., 17 Uhr.

Kärnten

Sprechstage:

Villach: Sprechstage jeden letzten Donnerstag im Monat ab 14.30h im Seniorenclub Arbeiterheim, 9500 Villach, Ludwig-Walter-Straße 29.

Voranmeldungen bitte unter Telefon 0699/10073931 oder e-mail: office.kr@zvpoe.at

Klagenfurt: Sprechstage finden jeden Dienstag von 12.00 – 14.00 Uhr im Volxhaus, 9020 Klagenfurt, Südbahngürtel 24 statt. Voranmeldungen bitte unter Tel. Nr: 0664/3275763 oder e-mail: office.kr@zvpoe.at

Tirol

Sprechstage:

Unsere Sprechstage finden jeweils am 1. Donnerstag im Monat um 15 Uhr im Restaurant Urfam, 6020 Innsbruck, Gumpstraße 41, statt. Nächster Termin: Donnerstag, 05. 09.

Salzburg

Sprechstage:

Für Informationen und Fragen steht nachfolgende Telefonnummer und E-Mail-Adresse zur Verfügung: ZVPÖ Bundesleitung, Tel.: 01/214 65 73 oder e-mail zvpoe@aon.at

Burgenland

Sprechstage:

Eisenstadt: Sozialberatung und Beratung in Pensionsangelegenheiten. Vertraulich und kostenlos. Ab sofort jeden ersten Dienstag im Monat von 14 bis 16 Uhr, 7000 Eisenstadt, Hauptstraße 26/1.Stock. Telefonische Voranmeldung unter 0660-7689334 unbedingt erbeten.

Vorarlberg

Beratung:

Für Informationen und Fragen stehen nachfolgende Telefonnummer und E-Mail-Adresse zur Verfügung: ZVPÖ Bundesleitung, Tel.: 01/214 65 73 oder E-Mail zvpoe@aon.at

Folgende **Mitglieder** sind von uns gegangen. Wir wollen ihnen ein treues **Gedenken** bewahren und den Hinterbliebenen unser **aufrichtiges Beileid** aussprechen.

Steiermark:
Pötschger Wilhelm
Jäger Irmgard

WIR GRATULIEREN

Wir bitten die Kolleginnen und Kollegen um Verständnis, dass wir infolge Platzmangels nicht alle Geburtstage veröffentlichen können. Wir gratulieren grundsätzlich vom 50. Geburtstag angefangen alle fünf Jahre, vom 80. Geburtstag aufwärts alljährlich, soweit diese Geburtstage von den Landesleitungen beziehungsweise den Ortsgruppen mitgeteilt werden. Aus Datenschutzgründen werden Altersangaben nur mehr in Ausnahmefällen veröffentlicht!

Wien

2. Bezirk: Dostal Maria, Faber Erika, Schüller Lisa
9. Bezirk: Gartner Elfi, Truschnig Hedwig
10. Bezirk: Fink Eleonore, Hofer Helga, Kramer Peter, Lokaj Elisabeth, Mikes Hanna, Sethaler Edith, Slamnik Florentine, Steindl Hannelore, Vendl Alois
12. Bezirk: Feistl Ingrid, Lindner Susanne
13. Bezirk: Slawik Hildegard
16. Bezirk: Huber Ella, Pollhammer Friederike, Eisinger Hans, Zapletal Dorit, Fink Fritz
20. Bezirk: Doleschal Edith, Magerling Elisabeth, Pelz Hilde
21. Bezirk: Gruber Heinrich, Schneider Erika, Lazel Hildegard, Muhri Maria, Turkovits Karl
22. Bezirk: Burda Maria, Grillitsch Otmar, Höllisch Martina, Poepperl Johann
23. Bezirk: Gedlicka Helga, Neuhold Helga, Schreiner Herta, Vodnek Josef, Treitl Herbert, Rewitzer Franz

Niederösterreich

Guntramsdorf: Siller Zdenka
Mödling: Aiglsreiter Rita
Brunn: Fiedler Herta, Henhapl Rosemarie, Marenitsch Ernestine, Pocta Maria, Starkl Elisabeth, Kolar Ursula, Kubranska Brigitte
Baden: Fürnsinn Marianne, Hanibal Maria, Hanibal Friedrich
Korneuburg: Jahnas Johann, Skopik Frieda
Krems: Jaksch Karl, Kramer Ulrike
Ternitz: Kaulfuss Erwin, Kaulfuss Rosa, Seidl Sieglinde
Wiener Neustadt: Rupp Helene, Guth Bruno, Demolsky Erich, Rupprecht Waltraude
Perchtoldsdorf: Röttsch Adolf, Pinter Waltraud
Pottendorf: Edermayr Helene
Langenzersdorf: Wana Ernst
Vösendorf: Müller Edith

Salzburg

Salzburg: Lang Ursula



Steiermark

Graz: Brezounik Gerhard, Grincar Erich, Hirt Erika, Lembacher Ida, Rossmann August, Stevanetz Doris, Strauss Leo, Meier Siegfried, Friedl Maria, Glawischnig Annemarie, Harrer Heidi, Neuhold Anna, Radl Werner, Szakovits Karl, Wartinger Johann, Weidinger Marietta, Kandolf Karl, Schrei Charlotte, Jernay Gertrude
Kapfenberg: Assinger Maria, Kärntler Margarete, Leitner Hermann, Posch Gottfried
Eisenerz: Brandl Anna, Faißinger Herta, Priversek Linde, Priversek Johann
Gratkorn: Thum Gottfried, Presnitz Silvia
Hönigsberg: Gesselbauer Maria, Troiss Sabine, Wimmeler Heinz
Judenburg: Degold Helene, Kurrent Wilhelmine
Mürzzuschlag: Allmer Hildegard, Jauk Herta, Meyringer Elisabeth
Scheifling: Hirt Maria
St. Johann: Höller Christine
Stallhofen: Gössler Willibald, Pinnegger Erna
St. Peter/ Freienstein: Vogl Hermine
Feldkirchen bei Graz: Hirzer Gudrun
Trofaia: Vogl Bibiane
Maria Lankowitz: Kirchleitner Theresie
Leoben: Magerl Adele, Schlögl Rosemarie
Weitendorf Wildon: Granitz Elisabeth

Oberösterreich

Voest-Linz Kleinmünchen: Fliesser Pauline, Jungwirth Franz, Traunmüller Rosemarie

Kärnten

Klagenfurt: Biber Karl, Dürnberger Leopoldine, Moser Elfriede, Paul Anneliese, Pollanz Gertrude, Schratzer Heinrich, Wieser Maria
St. Primus: Muchitsch Frieda
Dürnstein: Fritzenwanker Irmgard
St. Salvador: Markitz Raimund
Friesach: Kerschbaumer Ingeborg
Villach: Linder Lotte, Springer Margit
St. Magdalen: Ortner Hermann
St. Urban: Kernal Ernestine
Finkenstein: Franzl Maria
Fürnitz: Tarmann Hubert, Troger Karla, Karitnik Maria
Riegersdorf: Gallob Erich
Arnoldstein: Riavec Elisabeth
Töplitsch: Hafner Franz

Tirol

Innsbruck: Brandner Edgar, Thümminger Rosmarie, Kellner Gertraude

Vorarlberg

Rietzlern: Müller Elisabeth
Lech: Lorenz Hannelore
Hittisau: Kobras Mari
Riefensberg: Sparber Hermann

Mieten außer Rand und Band

ZVPÖ: Nicht ohne Widerspruch von uns SeniorInnen!

Die Wohnkosten explodieren und es gibt in Österreich keinen Mietendeckel. Weil die Mieten mittels Wert sicherungsklauseln gesetzlich an die Inflation gekoppelt sind, führen erhöhte Preise zur Erhöhung der Mieten und diese wiederum zur Erhöhung des Verbraucherpreisindex und in weiterer Folge wieder zu weiteren Mieterhöhungen. Eine endlose Spirale zu Lasten aller Mieter!

Nach den Richtwertmieten (8,6% Erhöhung für Neuverträge ab April, für bestehende Verträge ab Mai) folgte im August bereits zum vierten Mal in den letzten 15 Monaten auch eine weitere Verteuerung der Kategorie-mietzinse um 5,51%.

Alleine in den letzten beiden Jahren (2022 bis 2023) sind die Richtwertmieten um 14,9%, die Kategorie-mieten um 23,3% und die Neubaumieten um 16,8% gestiegen. Seit Beginn dieser Bundesregierung (2019) zahlen wir durchschnittlich fast zwei Monatsmieten mehr im Jahr. Immer mehr Menschen wissen nicht, wie lange sich das für sie noch ausgeht.

Bereits im März hat die Präsidentin des ÖVP-Seniorenbundes, Kollegin Korosec, in ihrer Kolumne „Thema der Woche“ eingeräumt, dass die „gestiegenen Wohn-, Energie- und Lebensmittelpreise „zunehmend brenzlich“ und „eine große Belastung besonders für ältere Menschen“ sind. Sie hat sich allerdings erfolglos – im Gegensatz zu ihrer Partei, der ÖVP – für eine Mietzinsbremse eingesetzt.

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Die steirischen ÖGB-PensionistInnen haben Mitte Juni in Graz für leistbares Wohnen demonstriert und damit ein öffentliches Zeichen des Protests für uns SeniorInnen gesetzt. Allein in der Steiermark sind die Mieten in den letzten 12 Jahren um fast 50% gestiegen, während die steirische



Wohnunterstützung und die dafür geltenden Einkommensgrenzen in diesem Zeitraum unverändert und ohne Inflationsanpassung geblieben sind.

Die KPÖ meldet sich sowohl mit einer Petition an die steirische Landesregierung mit der Forderung nach einer Erhöhung und Ausweitung der steirischen Wohnunterstützung als auch einer bundesweiten Petition „Mietenstopp jetzt!“ zu Wort. Der Nationalrat wird zu einer „gesetzlichen Verhinderung jeder weiteren Mieterhöhungen bis 2029“ aufgefordert, um die andauernde „Teuerungswelle zu stoppen“ und allen MieterInnen nach den Rekordmieterhöhungen („Fünf Mieterhöhungen in 15 Monaten“) eine „kleine Verschnaufpause“ zu verschaffen und seitens „der nächsten Regierung... das Problem der explodierenden Wohnkosten (zu) lösen.“

„Das österreichische Mietrecht kennt mit dem Richtwert zwar einen Mietendeckel. Allerdings wurde dieser gegenüber dem früheren Kategoriemietzins deutlich angehoben und zweitens gilt er für immer weniger Wohnungen am Markt. Es braucht für

alle Wohnungen Mietbegrenzungen. Die Wohnkosten sollen nicht mehr als ein Viertel des Einkommens ausmachen können“, halten die InitiatorInnen fest.

Zahlreiche ZVPÖ-Mitglieder zählen bereits zu den UnterstützerInnen der an das Parlament gerichteten Petition, die sowohl online (www.kpoe.at/mietenstopp-jetzt/), als auch bei öffentlichen Aktionen auf der Straße, Hausbesuchen von „Tür zu Tür“ in Wohnvierteln und bei Veranstaltungen beworben wird.

Die SPÖ nahe Mietervereinigung bewirbt unter dem Slogan „Mieten-Wahnsinn stoppen-Mietpreibremse jetzt!“, ebenfalls eine Online-Petition, die verlangt, dass „die Mieten zukünftig nicht öfter als einmal im Jahr erhöht werden und jede dieser Erhöhungen auf maximal zwei Prozent begrenzt werden“ soll.

„Viele Länder Europas haben Mietpreisbremsen eingezogen und damit die Teuerung erfolgreich bekämpft“, sind sich die InitiatorInnen beider Petitionen einig.

Der ZVPÖ bekräftigt seine Forderungen nach Abkoppelung der Mieten vom Verbraucherpreisindex sowie nach einem Mietzinsstopp statt Einmalzahlungen (vom Wiener Landespräsidenten des SP-Pensionistenverbandes als „Almosenpolitik“ bezeichnet), die weder Mieten noch andere Verteuerungen senken.

Ein sofortiger Mietenstopp ist längst überfällig und wäre ein wichtiger Schritt zur Eindämmung der Inflation und derzeitigen Rekordteuerung.



ZVPÖ Wien

Zu Besuch im Parlament

Im Juni lud der ZVPÖ zu einer SeniorInnenführung ins neu sanierte Parlamentsgebäude ein. Unser Weg führte durch die Säulenhalle in den Historische Sitzungssaal/Reichsratssitzungssaal, wo im April 1945 die ÖVP, SPÖ und KPÖ als Gründungsparteien die 2.Republik proklamierten. Heute wird dieser nur mehr zu besonders feierlichen Anlässen verwendet.

Diese Veranstaltung stieß auf großes Interesse und war schon wenige Stunden nach seiner Ankündigung ausgebucht. Eine Wiederholung im Herbst für interessierte KollegInnen ist in Planung. ■



Aktion des ZVPÖ Oberösterreich Gegen Digitalisierungszwang

Der ZVPÖ startete ab Mai in Oberösterreich eine Informationskampagne zum zunehmenden **Digitalisierungszwang in öffentlichen oder halböffentlichen Institutionen**.

Mit Infoständen zunächst in Linz und Wels und Sammlung von Unterschriften wurde auf die Ausgrenzung (nicht nur) älterer Menschen hingewiesen. Ziel ist eine Petition an die Landesregierung. Unsere KollegInnen aus OÖ werden die Art und Weise, wie die in der Landesregierung vertretenen Parteien damit umgehen, im Auge behalten. ■

Aktiv leben – Mach mit im ZVPÖ!

Der **ZENTRALVERBAND DER PENSIONISTINNEN UND PENSIONISTEN ÖSTERREICHS – ZVPÖ** versteht sich als Interessensvertretung aller Seniorinnen und Senioren. Wir sind ein überparteilicher Verband und lassen uns ausschließlich von den Interessen der älteren Generation und von keiner Parteipolitik leiten.

Der Zentralverband der Pensionistinnen und Pensionisten Österreichs ist mit Expertenstatus beim Österreichischen Seniorenrat vertreten.

MITGLIED WERDEN IST NICHT SCHWER, ...

Wir nehmen kritisch zu allen Fragen Stellung, die die Interessen der älteren Generation berühren. Wir engagieren

uns für eine fortschrittliche Entwicklung in den gesetzlichen Bestimmungen der Sozialversicherung und gegen alle Versuche, die soziale Sicherheit in Österreich zu verschlechtern.

Neben unserer Beratungstätigkeit tragen unsere vielen Verbandsaktivitäten (Zusammentreffen, Veranstaltungen, Museums- und Ausstellungsbesuche, Wanderungen, Ausflüge und Reisen) zu einer aktiven, abwechslungsreichen und gemeinsamen Freizeitgestaltung bei.

Wir freuen uns über jede/n, die/der uns näher kennenlernen will! Eine Möglichkeit dazu bietet auch der obenstehende Abschnitt.

... HILFT UNS UND DIR ABER SEHR

aktivLEBEN

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:
„aktiv leben“ • Organ des Zentralverbandes
der Pensionistinnen und Pensionisten
Österreichs • Gegründet 1924

Herausgeber und Verleger:
Zentralverband der Pensionistinnen und
Pensionisten Österreichs.
Redaktion: 1020 Wien, Praterstraße 54/8a
Tel.+Fax: 01/214 65 73,
E-Mail: zvpoe@aon.at. Fotos: Archiv.
Grafik und Herstellung: typothese.at

P.b.b. – Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1020 Wien Z-Nr.: GZ 02Z030662M
Retouren an ZVPÖ, Praterstraße 54/8A, 1020 Wien